



Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Provisorisches Beschluss-Protokoll

der 26. und 27. Sitzung, Amtsjahr 2009-2010

Mittwoch, den 11. November 2009, um 09:00 Uhr und 15:00 Uhr

Vorsitz: *Patrick Hafner, Grossratspräsident*
Annemarie von Bidder, Statthalterin (Traktandum 5)

Protokoll: *Thomas Dähler, I. Ratssekretär*
Regine Smit, II. Ratssekretärin

Abwesende:

11. November 2009, 09:00 Uhr
26. Sitzung *Andreas Albrecht (LDP), Beatrice Alder (GB), Christian Egeler (FDP),
Felix Eymann (EVP/DSP), Ursula Kissling (SVP), Rolf von Aarburg (CVP),
Samuel Wyss (SVP).*

11. November 2009, 15:00 Uhr
27. Sitzung *Andreas Albrecht (LDP), Beatrice Alder (GB), Andrea Bollinger (SP),
Christian Egeler (FDP), Felix Eymann (EVP/DSP), Ursula Kissling (SVP),
Rolf von Aarburg (CVP).*

Verhandlungsgegenstände:

- | | | |
|----|--|---|
| 1. | Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung. | 3 |
| 2. | Entgegennahme der neuen Geschäfte. | 3 |
| 3. | Bestätigung von Bürgeraufnahmen. | 4 |
| 4. | Wahl eines Mitglieds der Geschäftsprüfungskommission (Nachfolge für Brigitte Hollinger). | 4 |
| 5. | Wahl von drei Mitgliedern des Verwaltungsrates der Basler Verkehrs-Betriebe (BVB) für die Amtsdauer 2010-2013. | 5 |
| 6. | Bericht und Wahlvorschlag der Wahlvorbereitungskommission für die Erneuerungswahlen der Strafbefehlsrichterin und der Strafbefehlsrichter des Kantons Basel-Stadt (Amtsdauer 2010-2015). | 5 |
| 7. | Bericht zur rechtlichen Zulässigkeit der kantonalen Volksinitiative "Milderung der Vermögenssteuer (Entlastung von Mittelstand und Gewerbe bei der Vermögenssteuer)". | 6 |
| 8. | Bericht zur rechtlichen Zulässigkeit der kantonalen Volksinitiative "Konkurrenzfähige Einkommenssteuern für den Mittelstand im Vergleich zu Baselland (Mittelstandsinitiative)". | 6 |

9.	Bericht zur rechtlichen Zulässigkeit der Volksinitiative "Tagesschule für mehr Chancengleichheit" (Tagesschul-Initiative 2).	7
10.	Ratschlag betreffend Ausrichtung von Betriebskostenbeiträgen an Basel Tourismus für die Jahre 2010 bis 2013.	7
11.	Ratschlag betreffend Kredit für die Beteiligung der IWB am Ausbau des Windkraftwerks "Juvent" im Berner Jura sowie Kredit zur vertieften Prüfung von weiteren Windkraftprojekten in der Schweiz.	8
12.	Bericht der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission zum Ratschlag Nr. 09.0693.01 betreffend Beitritt zum Konkordat über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen.	9
13.	Ratschlag Änderung des Gesetzes betreffend die Kantonspolizei des Kantons Basel-Stadt (Polizeigesetz). Regelung der Kompetenz zur Anordnung der Notsuche vermisster Personen gemäss BÜPF.	10
14.	Ratschlag betreffend Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über internationale Kindesentführung und die Haager Übereinkommen zum Schutz von Kindern und Erwachsenen (BG-KKE).	11
15.	Bericht des Regierungsrates zur formulierten kantonalen Initiative "Ja zum Dialekt" - weiteres Vorgehen nach der rechtlichen Zulässigkeit.	11
16.	Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Ratschlag Nr. 09.1001.01 Änderung des Gesetzes über die Berufsbildung vom 12. September 2007 sowie zur Beantwortung eines Anzugs und einer Motion.	12
17.	Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Ratschlag Nr. 09.0191.01 betreffend Leistungsauftrag und Globalbeitrag 2010 bis 2013 für die Universität Basel. Partnerschaftliches Geschäft	14
23.	Neue Interpellationen.	16
18.	Bericht der Wirtschafts- und Abgabekommission zum Ratschlag des Regierungsrates Nr. 09.0594.01 zu einer Teilrevision des Gesetzes über die direkten Steuern vom 12. April 2000 (Steuergesetz, StG). Anpassung des kantonalen Rechts an das Bundesrecht, Amtshilfe an Behörden anderer Kantone, Vorverlegung des allgemeinen Fälligkeitstermins beim Steuerbezug.	21
19.	Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Andreas Burckhardt und Konsorten zur Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit unseres Kantons im Steuerwettbewerb (entsprechend der Unternehmenssteuerreform II).	22
	Anhang A: Neue Geschäfte (Zuweisung)	XXXX
	Anhang B: Neue Vorstösse	XXXX

Beginn der 26. Sitzung

Mittwoch, 11. November 2009, 09:00 Uhr

1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung.

[11.11.09 09:03:12, MGT]

Mitteilungen

Patrick Hafner, Grossratspräsident: ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung und habe Ihnen verschiedene Mitteilungen zu machen:

Schlussessen in der Messe Schweiz

Sie haben die Einladung der Messe Schweiz zum Schlussabend am 20. Januar 2010 erhalten. Alle Grossratsmitglieder gelten als angemeldet; Sie brauchen sich also nicht extra anmelden. Alle weiteren Gäste erhalten zu gegebener Zeit die Einladung mit Anmeldetalon zugestellt.

Einladung der Fondation Beyeler

Wie jedes Jahr lädt die Fondation Beyeler auch im kommenden Frühjahr die Parlamente und Regierungen von Basel-Stadt und Basel-Landschaft zum geführten Besuch der aktuellen Ausstellung ein. Ich bitte Sie, sich den Abend vom 20. Mai 2010 dafür freizuhalten. Eine Einladung erhalten sie zu gegebener Zeit.

Kunstgeschichtliche Führung durch das Rathaus

Heute Abend wird auf Initiative der Kulturgruppe eine kunstgeschichtliche Führung durch unser Rathaus stattfinden. Unser Ratskollege und Historiker Oswald Inglin als profunder Kenner dieses Hauses wird die Teilnehmenden in allerlei Geheimnisse des Basler Rathauses einführen. Treffpunkt ist 18.15 Uhr im Vorzimmer.

Bildaufnahmen

Ich habe Telebasel gestattet, heute und nächsten Mittwoch Bildaufnahmen im Rat zu machen.

Neue Interpellationen

Es sind 14 neue Interpellationen eingegangen.

Die Interpellationen Nr. 80, 81, 83, 85, 86, 88, 90, 92, und 93 werden mündlich beantwortet.

Tagesordnung

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig, **die Tagesordnung zu genehmigen.**

2. Entgegennahme der neuen Geschäfte.

[11.11.09 09:06:11, ENG]

Zuweisungen

Patrick Hafner, Grossratspräsident: Bei den Zuweisungen ist noch eine Korrektur nachzutragen: Bei Ziffer 21 (Seite 8 des Geschäftsverzeichnisses) beim Leistungsauftrag der IWB verzichtet die FKom definitiv auf einen Mitbericht. Das Geschäft geht also nur an die UVEK.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, **die Zuweisungen** gemäss Verzeichnis der neuen Geschäfte (Anhang A) **zu genehmigen**.

Kenntnisnahmen

Der Grosse Rat nimmt Kenntnis

von folgenden Geschäften:

- Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Ernst Jost und Konsorten betreffend versenkbare Pfosten (stehen lassen). (BVD, 05.8309.03)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Martina Saner bezüglich Arbeits- und Integrationszentrum. (WSU, 09.5194.02)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Remo Gallacchi betreffend Sanierung des Kantonsspitals. (BVD, 09.5200.02)

3. Bestätigung von Bürgeraufnahmen.

[11.11.09 09:06:58, JSD, 09.1713.01, EIN]

Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat mit Schreiben 09.1713.01 insgesamt 63 Aufnahmen ins Kantonsbürgerrecht (30 Gesuche), unter gleichzeitiger Bestätigung der Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Basel.

Der Grosse Rat

tritt von Gesetzes wegen auf das Schreiben **ein**.

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 9 Stimmen die beantragten Bürgeraufnahmen.

Die bestätigten Bürgeraufnahmen sind im Kantonsblatt Nr. 86 vom 14. November 2009 publiziert.

4. Wahl eines Mitglieds der Geschäftsprüfungskommission (Nachfolge für Brigitte Hollinger).

[11.11.09 09:08:04, WA1]

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig, die Wahl offen durchzuführen, da die gesetzlichen Voraussetzungen dazu gegeben sind.

Die SP Fraktion nominiert Andrea Bollinger (SP) als Mitglied der Geschäftsprüfungskommission.

Der Grosse Rat wählt

einstimmig **Andrea Bollinger** als Mitglied der Geschäftsprüfungskommission für den Rest der laufenden Amtsdauer.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

5. Wahl von drei Mitgliedern des Verwaltungsrates der Basler Verkehrs-Betriebe (BVB) für die Amtsdauer 2010-2013.

[11.11.09 09:09:55, WAH]

Annemarie von Bidder, Statthalterin: Für die Wahl als Mitglieder des Verwaltungsrates der BVB vorgeschlagen wurden:

von der SVP Fraktion Patrick Hafner

von der CVP Fraktion Dr. Paul Rüst

von der Fraktion Grünes Bündnis Dr. Michael Wüthrich

Das Curriculum von Herrn Rüst liegt auf. Die Kandidaten Hafner und Wüthrich werden als ausreichend bekannt hier im Rat betrachtet, so dass auf ein Curriculum verzichtet werden kann.

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 5 Stimmen, die Wahl offen durchzuführen.

Der Grosse Rat wählt

mit 75 Stimmen bei 5 Enthaltungen als Mitglieder des Verwaltungsrates der Basler Verkehrs-Betriebe (BVB) für die Amtsdauer 2010-2013:

Patrick Hafner

Dr. Paul Rüst

Dr. Michael Wüthrich

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

6. Bericht und Wahlvorschlag der Wahlvorbereitungskommission für die Erneuerungswahlen der Strafbefehlsrichterin und der Strafbefehlsrichter des Kantons Basel-Stadt (Amtsdauer 2010-2015).

[11.11.09 09:13:19, WVKo, 09.5223.01, WAH]

Die Wahlvorbereitungskommission des Grossen Rates beantragt, auf den Bericht einzutreten und drei Personen als Strafbefehlsrichterin und Strafbefehlsrichter für die Amtsdauer 2010 - 2015 zu wählen.

Voten: *Tanja Soland, Präsidentin der Wahlvorbereitungskommission*

Patrick Hafner, Grossratspräsident: Eine Diskussion findet gemäss § 31 Abs. 1 der Geschäftsordnung nicht statt.

Innerhalb der gesetzlichen Frist von vier Wochen gemäss § 76 der GO sind keine weiteren Wahlvorschläge eingegangen. Damit wird die Wahl als Abstimmung über den Antrag der Wahlvorbereitungskommission durchgeführt.

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig:

Als Strafbefehlsrichterin oder Strafbefehlsrichter für die Amtsdauer 2010 - 2015 werden unter dem Vorbehalt des Wegfalls der Rechtsgrundlagen gewählt:

lic. iur. **Barbara Pauen Borer**, Gerichtsschreiberin (25%),

Dr. iur. **Gerhard Weber**, Gerichtsschreiber (25%),

lic. iur. **Georg Maurer**, Gerichtsschreiber (50%).

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

7. Bericht zur rechtlichen Zulässigkeit der kantonalen Volksinitiative "Milderung der Vermögenssteuer (Entlastung von Mittelstand und Gewerbe bei der Vermögenssteuer)".

[11.11.09 09:17:32, JSD, 09.1122.01, RZI]

Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat, die Initiative "Milderung der Vermögenssteuer (Entlastung von Mittelstand und Gewerbe bei der Vermögenssteuer)" (09.1122) für **rechtlich zulässig** zu erklären.

Der Grosse Rat

tritt von Gesetzes wegen auf das Schreiben **ein**.

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Die mit 4'370 Unterschriften zustande gekommene Volksinitiative "Milderung der Vermögenssteuer (Entlastung von Mittelstand und Gewerbe bei der Vermögenssteuer)" wird für **rechtlich zulässig** erklärt.

Dieser Beschluss kann beim Verfassungsgericht durch Beschwerde angefochten werden. Die Beschwerde ist innert 10 Tagen seit der Veröffentlichung im Kantonsblatt schriftlich beim Verfassungsgericht anzumelden. Innert 30 Tagen vom gleichen Zeitpunkt an gerechnet, ist die schriftliche Begründung einzureichen, welche die Anträge, die Angabe der Tatsachen und Beweismittel und eine kurze Rechtserörterung zu enthalten hat.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

8. **Bericht zur rechtlichen Zulässigkeit der kantonalen Volksinitiative
“Konkurrenzfähige Einkommenssteuern für den Mittelstand im Vergleich zu
Baselland (Mittelstandsinitiative)”.**

[11.11.09 09:18:31, JSD, 09.1118.01, RZI]

Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat, die Initiative “Konkurrenzfähige Einkommenssteuern für den Mittelstand im Vergleich zu Baselland (Mittelstandsinitiative)” (09.1118) für **rechtlich zulässig** zu erklären.

Der Grosse Rat

tritt von Gesetzes wegen auf das Schreiben **ein**.

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Die mit 4'110 Unterschriften zustande gekommene Volksinitiative “Konkurrenzfähige Einkommenssteuern für den Mittelstand im Vergleich zu Baselland (Mittelstandsinitiative)” wird für **rechtlich zulässig** erklärt.

Dieser Beschluss kann beim Verfassungsgericht durch Beschwerde angefochten werden. Die Beschwerde ist innert 10 Tagen seit der Veröffentlichung im Kantonsblatt schriftlich beim Verfassungsgericht anzumelden. Innert 30 Tagen vom gleichen Zeitpunkt an gerechnet, ist die schriftliche Begründung einzureichen, welche die Anträge, die Angabe der Tatsachen und Beweismittel und eine kurze Rechtserörterung zu enthalten hat.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

9. **Bericht zur rechtlichen Zulässigkeit der Volksinitiative “Tagesschule für mehr
Chancengleichheit” (Tagesschul-Initiative 2).**

[11.11.09 09:19:27, JSD, 09.1108.01, RZI]

Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat, die Volksinitiative “Tagesschule für mehr Chancengleichheit” (Tagesschul-Initiative 2) (09.1108) für **rechtlich zulässig** zu erklären.

Der Grosse Rat

tritt von Gesetzes wegen auf das Schreiben **ein**.

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Die mit 3'032 Unterschriften zustande gekommene Kantonale Volksinitiative “Tagesschule für mehr Chancengleichheit” (Tagesschul-Initiative 2) wird für **rechtlich zulässig** erklärt.

Dieser Beschluss kann beim Verfassungsgericht durch Beschwerde angefochten werden. Die Beschwerde ist innert 10 Tagen seit der Veröffentlichung im Kantonsblatt schriftlich beim Verfassungsgericht anzumelden. Innert 30 Tagen vom gleichen Zeitpunkt an gerechnet, ist die schriftliche Begründung einzureichen, welche die Anträge, die Angabe der Tatsachen und Beweismittel und eine kurze Rechtserörterung zu enthalten hat.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

10. Ratschlag betreffend Ausrichtung von Betriebskostenbeiträgen an Basel Tourismus für die Jahre 2010 bis 2013.

[11.11.09 09:20:24, WAK, WSU, 09.0857.01, RAT]

Der Regierungsrat und die Wirtschafts- und Abgabekommission des Grossen Rates beantragen, auf den Ratschlag 09.0857.01 einzutreten und dem vorgelegten Beschlussentwurf zuzustimmen.

Voten: *Lukas Engelberger, Präsident der Wirtschafts- und Abgabekommission; Gülsen Oeztürk (SP); RR Christoph Brutschin, Vorsteher des Wirtschafts-, Sozial- und Umweltdepartementes (WSU)*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Ratschlag **einzutreten**.

Detailberatung

Titel und Ingress

Einziger Absatz

Publikations- und Referendums Klausel

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Der Regierungsrat wird ermächtigt, Basel Tourismus für die Jahre 2010 bis 2013 einen nicht indexierten Betriebskostenbeitrag in der Höhe von CHF 1'900'000 p.a. für die Erfüllung der vertraglich vereinbarten Leistungen auszurichten.

Kostenstelle: 8068320, Kostenart: 365100, Auftragsnummer: 806832091001.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

11. Ratschlag betreffend Kredit für die Beteiligung der IWB am Ausbau des Windkraftwerks "Juvent" im Berner Jura sowie Kredit zur vertieften Prüfung von weiteren Windkraftprojekten in der Schweiz.

[11.11.09 09:26:21, UVEK, WSU, 09.1414.01, RAT]

Der Regierungsrat und die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission des Grossen Rates beantragen, auf den Ratschlag 09.1414.01 einzutreten und dem vorgelegten Beschlussentwurf zuzustimmen.

Voten: *Michael Wüthrich, Präsident der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission; Andreas Ungricht (SVP)*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Ratschlag **einzutreten**.

Detailberatung

Titel und Ingress

Ziffer 1, Beteiligung Juvent SA

Ziffer 2, Prüfung von weiteren möglichen Windkraftprojekten

Publikations- und Referendums Klausel

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 1 Stimme bei 6 Enthaltungen und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

1. Für die Beteiligung der IWB am Ausbau des Windkraftwerks der Juvent SA, wird ein Kredit von insgesamt CHF 12'500'000 (Kostenschätzung Mai 2009, Genauigkeit +/- 10%) zu Lasten der Rechnung der Industriellen Werke Basel (IWB) bewilligt.
2. Für die Prüfung von weiteren möglichen Windkraftprojekten in der Schweiz wird ein Kredit von CHF 500'000 zu Lasten der Rechnung der Industriellen Werke Basel (IWB) bewilligt.

Der Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

12. Bericht der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission zum Ratschlag Nr. 09.0693.01 betreffend Beitritt zum Konkordat über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen.

[11.11.09 09:33:57, JSSK, JSD, 09.0693.02, BER]

Die Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission des Grossen Rates beantragt, auf den Bericht 09.0693.02 einzutreten und dem vorgelegten Beschlussentwurf zuzustimmen.

Voten: *Felix Meier, Präsident der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission; RR Hanspeter Gass, Vorsteher des Justiz- und Sicherheitsdepartementes (JSD)*

Fraktionsvoten

Voten: *Toni Casagrande (SVP); Bülent Pekerman (GLP); Remo Gallacchi (CVP); Christine Heuss (FDP)*

Anita Heer (SP): beantragt **Nichteintreten**.

Voten: *Urs Müller-Walz (GB)*

Schlussvoten

Voten: *RR Hanspeter Gass, Vorsteher des Justiz- und Sicherheitsdepartementes (JSD); Felix Meier, Präsident der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission*

Der Grosse Rat beschliesst

mit 39 gegen 36 Stimmen, auf den Bericht **einzutreten**.

Detailberatung

Titel und Ingress

Einziger Absatz

Publikations- und Referendums Klausel

Der Grosse Rat beschliesst

mit 40 gegen 37 Stimmen und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Das Konkordat über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen wird genehmigt und der Regierungsrat wird ermächtigt, dem Konkordat beizutreten.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem fakultativen Referendum.

Das Konkordat über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen ist im Kantonsblatt Nr. 86 vom 14. November 2009 publiziert.

13. Ratschlag Änderung des Gesetzes betreffend die Kantonspolizei des Kantons Basel-Stadt (Polizeigesetz). Regelung der Kompetenz zur Anordnung der Notsuche vermisster Personen gemäss BÜPF.

[11.11.09 10:07:53, JSSK, JSD, 09.0907.01, RAT]

Der Regierungsrat und die Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission des Grossen Rates beantragen, auf den Ratschlag 09.0907.01 einzutreten und dem vorgelegten Beschlussentwurf zuzustimmen.

Voten: *Felix Meier, Präsident der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Ratschlag **einzutreten**.

Detailberatung

Titel und Ingress

Römisch I: § 43a, Notsuche vermisster Personen

Römisch II: Publikations- und Referendums Klausel, Wirksamkeit

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

I.

Das Gesetz betreffend die Kantonspolizei des Kantons Basel-Stadt (Polizeigesetz, PolG) vom 13. November 1996 wird wie folgt geändert:

Es wird folgender neuer § 43a eingefügt:

Notsuche vermisster Personen

§ 43a. Die Kantonspolizei ist im Rahmen der Suche und Rettung vermisster Personen gemäss Art. 3a des Bundesgesetzes betreffend die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs (BÜPF) befugt, ausserhalb eines Strafverfahrens die Überwachung des Fernmeldeverkehrs (Teilnehmeridentifikation und Verkehrsdaten) anzuordnen.

2 Die Kantonspolizei legt die interne Zuständigkeit fest.

3 Die Anordnung der Notsuche ist nachträglich durch die Haftrichterin oder den Haftrichter zu genehmigen.

II.

Diese Änderung ist zu publizieren. Sie unterliegt dem Referendum. Der Regierungsrat bestimmt nach Eintritt der Rechtskraft den Zeitpunkt der Wirksamkeit.

14. Ratschlag betreffend Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über internationale Kindesentführung und die Haager Übereinkommen zum Schutz von Kindern und Erwachsenen (BG-KKE).

[11.11.09 10:12:45, JSSK, ED, 09.0713.01, RAT]

Der Regierungsrat und die Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission des Grossen Rates beantragen, auf den Ratschlag 09.0713.01 einzutreten und dem vorgelegten Gesetzesentwurf zuzustimmen.

Voten: *Felix Meier, Präsident der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Ratschlag **einzutreten**.

Detailberatung

Titel und Ingress

Römisch I und § 1

Römisch II und § 2

Römisch III und § 3

Römisch IV und § 4

Römisch V. Übergangs- und Schlussbestimmung

Die Publikations- und Referendums Klausel wird geändert und lautet: Dieses Gesetz ist zu publizieren. Es unterliegt dem Referendum und wird nach Eintritt der Rechtskraft sofort wirksam.

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig und unter Verzicht auf eine zweite Lesung, dem bereinigten Gesetzesentwurf zuzustimmen.

Das Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über internationale Kindesentführung und die Haager Übereinkommen zum Schutz von Kindern und Erwachsenen (BG-KKE) ist im Kantonsblatt Nr. 86 vom 14. November 2009 publiziert.

15. Bericht des Regierungsrates zur formulierten kantonalen Initiative "Ja zum Dialekt" - weiteres Vorgehen nach der rechtlichen Zulässigkeit.

[11.11.09 10:17:41, ED, 09.0677.02, WVI]

Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat mit Schreiben 09.0677.02, ihm die Berichterstattung zur Volksinitiative "Ja zum Dialekt" zu übertragen.

Voten: *Doris Gysin (SP); Oswald Inglin (CVP)*

Andreas Ungricht (SVP): beantragt, die Volksinitiative "Ja zum Dialekt" gemäss § 18 lit. a. IRG sofort **den Stimmberechtigten** ohne Empfehlung und ohne Gegenvorschlag zur Abstimmung **vorzulegen**.

Voten: *Dieter Werthemann (GLP); Eveline Rommerskirchen (GB); Patricia von Falkenstein (LDP); André Weissen (CVP); RR Christoph Eymann, Vorsteher des Erziehungsdepartementes (ED)*

Der Grosse Rat

tritt von Gesetzes wegen auf das Schreiben **ein**.

Patrick Hafner, Grossratspräsident: Auf der letzten Seite des Berichts finden Sie irrtümlicherweise einen Grossratsbeschluss mit einer Publikationsklausel. Da es sich beim Beschluss über das weitere Vorgehen um einen verfahrensleitenden Beschluss handelt, wird dieser usanzgemäss nicht publiziert. Wir stimmen deshalb nur über den Antrag ab, wie er vom Regierungsrat auf Seite 7 des Berichts formuliert wurde.

Der Grosse Rat beschliesst

mit 54 gegen 27 Stimmen, die Volksinitiative gemäss § 18 lit. b. IRG **dem Regierungsrat** zur Berichterstattung innert sechs Monaten **zu überweisen**.

**16. Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Ratschlag Nr. 09.1001.01
Änderung des Gesetzes über die Berufsbildung vom 12. September 2007 sowie zur
Beantwortung eines Anzugs und einer Motion.**

[11.11.09 10:44:46, BKK, ED, 09.1001.02 05.8395.05 08.5261.04, BER]

Die Bildungs- und Kulturkommission des Grossen Rates beantragt, auf den Bericht 09.1001.02 einzutreten und dem vorgelegten Beschlusssentwurf zuzustimmen.

Voten: *Christine Heuss, Präsidentin der Bildungs- und Kulturkommission*

Fraktionsvoten

Voten: *Urs Schweizer (FDP); Oswald Inglin (CVP); Martina Bernasconi (GLP); Martin Lüchinger (SP); Heidi Mück (GB); Annemarie Pfeifer (EVP/DSP); Andreas Burckhardt (LDP); Oskar Herzig (SVP)*

Einzelvoten

Voten: *Urs Schweizer (FDP); Martin Lüchinger (SP)*

Zwischenfrage

Voten: *Andreas Burckhardt (LDP); Martin Lüchinger (SP); Baschi Dürr (FDP); Martin Lüchinger (SP)*

Voten: *Ernst Mutschler (FDP)*

Schlussvoten

Voten: *RR Christoph Eymann, Vorsteher des Erziehungsdepartementes (ED)*

Zwischenfrage

Voten: *Heidi Mück (GB); RR Christoph Eymann, Vorsteher des Erziehungsdepartementes (ED)*

Voten: *Christine Heuss, Präsidentin der Bildungs- und Kulturkommission*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Bericht **einzutreten**.

Detailberatung

Titel und Ingress

Römisch I

§ 26, neuer Abs. 2bis

Titel Abschnitt 6. "Lehrstellenförderung"

§ 40a. Grundsatz

§ 40b. Fachstelle

§ 40c. Fördermassnahmen

Abs. 1 - 3

Antrag

Die SP Fraktion beantragt bei § 40c folgenden neuen Abs. 4:

Der Kanton kann für die Finanzierung der genannten Aufgaben gemäss Abs. 2 sowie weiteren Massnahmen gemäss Abs. 3 eine Solidaritätsabgabe in der Höhe von maximal CHF 1'000 pro Jahr erheben. Die Betriebsgrösse und das Angebot an Ausbildungsplätzen sind bei der Festlegung der Solidaritätsabgabe zu berücksichtigen.

Der Grosse Rat beschliesst

mit 46 gegen 37 Stimmen, den Antrag der SP Fraktion **abzulehnen**.

Detailberatung

§ 40d. Zusammenarbeit

§ 40e. Berichterstattung

§ 45, Abs. 1bis und 1ter.

Römisch II

Publikations- und Referendums Klausel, Wirksamkeit

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig und unter Verzicht auf eine zweite Lesung, dem bereinigten Beschlussentwurf zuzustimmen.

Die beschlossenen Gesetzesänderungen sind im Kantonsblatt Nr. 86 vom 14. November 2009 publiziert.
--

Die Bildungs- und Kulturkommission beantragt, die Motion Andreas Burckhardt und Konsorten für eine Entlastung der Lehrbetriebe in Basel durch Erhöhung der Kantonsbeiträge an die überbetrieblichen Kurse auf das Beitragsniveau des Kantons Basel-Landschaft (08.5261) als erledigt abzuschreiben.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Motion abzuschreiben.

Die Motion 08.5261 ist **erledigt**.

Die Bildungs- und Kulturkommission beantragt, den Anzug Rolf Häring und Konsorten betreffend die Schaffung eines kantonalen Berufsbildungsfonds (05.8395) als erledigt abzuschreiben.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug abzuschreiben.

Der Anzug 05.8395 ist **erledigt**.

17. Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Ratschlag Nr. 09.0191.01 betreffend Leistungsauftrag und Globalbeitrag 2010 bis 2013 für die Universität Basel. Partnerschaftliches Geschäft

[11.11.09 11:42:13, BKK, ED, 09.0191.02, BER]

Die Bildungs- und Kulturkommission des Grossen Rates beantragt, auf den Bericht 09.0191.02 einzutreten und dem vorgelegten Beschlusssentwurf zuzustimmen.

Voten: *Christine Heuss, Präsidentin der Bildungs- und Kulturkommission*

Fraktionsvoten

Voten: *Oswald Inglin (CVP); Mirjam Ballmer (GB)*

Fortsetzung der Beratungen zu diesem Geschäft um 16:28 Uhr.

Schluss der 26. Sitzung

12:00 Uhr

Beginn der 27. Sitzung

Mittwoch, 11. November 2009, 15:00 Uhr

23. Neue Interpellationen.

[11.11.09 15:04:00]

Interpellation Nr. 93 Philippe Pierre Macherel zur invasiven Kardiologie, zweiter Anlauf

[11.11.09 15:04:00, GD, 09.5316.01, NIM]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat sofort mündlich beantwortet.

Voten: *RR Carlo Conti, Vorsteher des Gesundheitsdepartementes (GD); Philippe Pierre Macherel (SP)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **teilweise befriedigt**.

Die Interpellation 09.5316 ist **erledigt**.

Interpellation Nr. 80 Stephan Luethi-Brüderlin betreffend polizeilicher Wegweisung bei häuslicher Gewalt - Fazit nach 2 Jahren?

[11.11.09 15:15:17, JSD, 09.5298.01, NIM]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat sofort mündlich beantwortet.

Voten: *RR Hanspeter Gass, Vorsteher des Justiz- und Sicherheitsdepartementes (JSD); Stephan Luethi (SP)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **teilweise befriedigt**.

Die Interpellation 09.5298 ist **erledigt**.

Interpellation Nr. 81 Heinrich Ueberwasser betreffend das Sichtbarmachen von christlichen Symbolen und das Feiern von christlichen Traditionen in Ämtern, öffentlichen Gebäuden und im öffentlichen Raum sowie die Weiterführung der theologischen Fakultät an der Universität Basel

[11.11.09 15:26:35, ED, 09.5302.01, NIM]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat sofort mündlich beantwortet.

Voten: *RR Christoph Eymann, Vorsteher des Erziehungsdepartementes (ED); Heinrich Ueberwasser (SVP)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **teilweise befriedigt**.

Die Interpellation 09.5302 ist **erledigt**.

Interpellation Nr. 82 Oswald Inglin betreffend die Überbauung eines Waldstückes an der Lerchenstrasse (Parzelle 1760)

[11.11.09 15:35:51, BVD, 09.5304.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Interpellation Nr. 83 Sebastian Frehner betreffend Qualität im Zentrum: Beteiligte Anspruchsgruppen

[11.11.09 15:36:16, BVD, 09.5305.01, NIM]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat sofort mündlich beantwortet.

Voten: *RR Hans-Peter Wessels, Vorsteher des Bau- und Verkehrsdepartementes (BVD); Sebastian Frehner (SVP)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **befriedigt**.

Die Interpellation 09.5305 ist **erledigt**.

Interpellation Nr. 84 Felix W. Eymann betreffend Bewilligungserteilung für frauenfeindliche und religiöse Gefühle verletzende Plakate durch das Bau- und Verkehrsdepartement

[11.11.09 15:43:16, BVD, 09.5306.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Interpellation Nr. 85 Urs Schweizer betreffend Qualität im Zentrum: Innenstadt-Perimeter und Zeithorizont

[11.11.09 15:43:30, BVD, 09.5307.01, NIM]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat sofort mündlich beantwortet.

Voten: *RR Hans-Peter Wessels, Vorsteher des Bau- und Verkehrsdepartementes (BVD); Urs Schweizer (FDP)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **befriedigt**.

Die Interpellation 09.5307 ist **erledigt**.

Interpellation Nr. 86 Ursula Metzger Junco P. betreffend DNA-Tests im Verfahren um Familiennachzug

[11.11.09 15:51:10, JSD, 09.5308.01, NIM]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat sofort mündlich beantwortet.

Voten: *RR Hanspeter Gass, Vorsteher des Justiz- und Sicherheitsdepartementes (JSD); Ursula Metzger Junco (SP)*

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort **befriedigt**.

Die Interpellation 09.5308 ist **erledigt**.

Interpellation Nr. 87 Lorenz Nägelin betreffend "Nicht hören - sehen - sagen"

[11.11.09 15:56:25, BVD, 09.5309.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Voten: *Lorenz Nägelin (SVP)*

Interpellation Nr. 88 Heidi Mück betreffend Wegweisungspraxis

[11.11.09 16:00:24, JSD, 09.5310.01, NIM]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat sofort mündlich beantwortet.

Voten: *RR Hanspeter Gass, Vorsteher des Justiz- und Sicherheitsdepartementes (JSD); Heidi Mück (GB)*

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort **teilweise befriedigt**.

Die Interpellation 09.5310 ist **erledigt**.

Interpellation Nr. 89 André Weissen betreffend Plakatkampagne des BSV zur IV

[11.11.09 16:06:04, BVD, 09.5311.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Interpellation Nr. 90 Daniel Stolz betreffend offene Fragen zur IWB-Führung

[11.11.09 16:06:22, WSU, 09.5313.01, NIM]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat sofort mündlich beantwortet.

Voten: *RR Christoph Brutschin, Vorsteher des Wirtschafts-, Sozial- und Umweltdepartementes (WSU); Daniel Stolz (FDP)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **nicht befriedigt**.

Die Interpellation 09.5313 ist **erledigt**.

Interpellation Nr. 91 Sibylle Benz Hübner betreffend Gültigkeit des behördenverbindlichen Quartierrichtplans in Bezug auf die Entlastung von Gundeldinger- und Dornacherstrasse

[11.11.09 16:15:13, BVD, 09.5314.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Interpellation Nr. 92 Christine Wirz-von Planta betreffend Mitwirkungsverfahren zur Innenstadtentwicklung

[11.11.09 16:15:34, BVD, 09.5315.01, NIM]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat sofort mündlich beantwortet.

Voten: *RR Hans-Peter Wessels, Vorsteher des Bau- und Verkehrsdepartementes (BVD); Christine Wirz-von Planta (LDP)*

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort **befriedigt**.

Voten: *RR Hans-Peter Wessels, Vorsteher des Bau- und Verkehrsdepartementes (BVD)*

Die Interpellation 09.5315 ist **erledigt**.

Fortsetzung der Beratungen

zum Geschäft 17:

Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Ratschlag Nr. 09.0191.01 betreffend Leistungsauftrag und Globalbeitrag 2010 bis 2013 für die Universität Basel. Partnerschaftliches Geschäft.

Eintretensdebatte, Fraktionsvoten.

Voten: *Maria Berger-Coenen (SP); Christine Wirz-von Planta (LDP); Baschi Dürr (FDP); Annemarie Pfeifer (EVP/DSP)*

Schlussvoten

Voten: *RR Christoph Eymann, Vorsteher des Erziehungsdepartementes (ED); Christine Heuss, Präsidentin der Bildungs- und Kulturkommission*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Bericht **einzutreten**.

Detailberatung

Titel und Ingress

Ziffer 1, Globalbeitrag an Universität

Ziffer 2, Partnerschaftsvorbehalt.

Patrick Hafner, Grossratspräsident: Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft hat das Geschäft zwar bereits beschlossen. Wir nehmen den Vorbehalt trotzdem so in den Beschluss, da der Landratsbeschluss noch dem Referendum untersteht.

Detailberatung

Ziffer 3, Berichterstattung zum Leistungsauftrag

Publikations- und Referendumsklausel

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

1. Der Leistungsauftrag der Regierungen der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft an die Universität Basel für die Jahre 2010 - 2013 mit einem Anteil des Kantons Basel-Stadt am Globalbeitrag von insgesamt CHF 599'800'000 wird genehmigt. Zulasten des Kontos 363100 KST 2718110 Auftrag 271811000001 "Globalbeitrag an Universität" werden folgende Jahrestenchen ausbezahlt: 2010: CHF 141'200'000, 2011: CHF 148'400'000, 2012: CHF 152'900'000, 2013: CHF 157'300'000.
2. Der Beschluss steht unter dem Vorbehalt eines entsprechenden Beschlusses des Landrats des Kantons Basel-Landschaft.
3. Der Grosse Rat erwartet in der Berichterstattung zum Leistungsauftrag gemäss § 7 Abs. 4 des Universitätsvertrags indikatorenbasierte Aussagen über die Betreuung der Studierenden insbesondere in den Fächern mit kritischen Betreuungsverhältnissen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

18. Bericht der Wirtschafts- und Abgabekommission zum Ratschlag des Regierungsrates Nr. 09.0594.01 zu einer Teilrevision des Gesetzes über die direkten Steuern vom 12. April 2000 (Steuergesetz, StG). Anpassung des kantonalen Rechts an das Bundesrecht, Amtshilfe an Behörden anderer Kantone, Vorverlegung des allgemeinen Fälligkeitstermins beim Steuerbezug.

[11.11.09 16:56:42, WAK, FD, 09.0594.02, BER]

Die Wirtschafts- und Abgabekommission des Grossen Rates beantragt, auf den Bericht 09.0594.02 einzutreten und dem vorgelegten Beschlussentwurf zuzustimmen.

Voten: *Lukas Engelberger, Präsident der Wirtschafts- und Abgabekommission; RR Eva Herzog, Vorsteherin des Finanzdepartementes (FD)*

Fraktionsvoten

Voten: *Elisabeth Ackermann (GB); Christine Keller (SP); Dieter Werthemann (GLP); Markus Lehmann (CVP); Conradin Cramer (LDP); Christophe Haller (FDP); Christoph Wydler (EVP/DSP)*

Zwischenfrage

Voten: *Baschi Dürr (FDP); Christoph Wydler (EVP/DSP)*

Einzelvoten

Voten: *Beat Jans (SP)*

Schlussvoten

Voten: *RR Eva Herzog, Vorsteherin des Finanzdepartementes (FD); Lukas Engelberger, Präsident der Wirtschafts- und Abgabekommission*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Bericht **einzutreten**.

Patrick Hafner, Grossratspräsident: Die Detailberatung erfolgt entlang dem Ihnen aufgelegten Entwurf, welcher mit Ausnahme der grau unterlegten § 15 Abs. 1 und § 19 Abs. 2 identisch ist mit dem im Anhang zum WAK-Bericht publizierten Beschlussentwurf.

Detailberatung

Titel und Ingress

Römisch I

§ 15 Abs. 1 erhält folgende neue Fassung:

§ 15. Die von der Steuerpflicht ausgenommenen begünstigten Personen nach Art. 2 Abs. 2 des Gaststaatgesetzes vom 22. Juni 2007 werden insoweit nicht besteuert, als das Bundesrecht eine Steuerbefreiung vorsieht.

§ 19 Abs. 2 erhält folgende neue Fassung:

2 Zu den Einkünften aus selbständiger Erwerbstätigkeit zählen auch alle Kapitalgewinne aus Veräusserung, Verwertung oder buchmässiger Aufwertung von Geschäftsvermögen. Der Veräusserung gleichgestellt ist die Überführung von Geschäftsvermögen in das Privatvermögen oder in ausländische Betriebe oder Betriebsstätten. Als Geschäftsvermögen gelten alle Vermögenswerte, die ganz oder vorwiegend der selbständigen Erwerbstätigkeit dienen. Gleiches gilt für Beteiligungen von mindestens 20 Prozent am Grund- oder Stammkapital einer Kapitalgesellschaft oder Genossenschaft, sofern der Eigentümer oder die Eigentümerin sie im Zeitpunkt des Erwerbs zum Geschäftsvermögen erklärt. § 19b bleibt vorbehalten.

Antrag

Die Fraktionen Grünes Bündnis und SP beantragen folgende Änderungen:

- Streichung des letzten Satzes in § 19 Abs. 2 "§ 19b bleibt vorbehalten."
- Streichung von § 19b
- Streichung des letzten Gliedsatzes in § 21 Abs. 1 lit. c "Abs. 1bis bleibt vorbehalten."
- Streichung von § 21 Abs. 1bis

Voten: *Andreas Burckhardt (LDP); RR Eva Herzog, Vorsteherin des Finanzdepartementes (FD); Beat Jans (SP); Elisabeth Ackermann (GB); Sebastian Frehner (SVP)*

Der Grosse Rat beschliesst

mit 49 gegen 40 Stimmen, den Antrag der Fraktionen Grünes Bündnis und SP **abzulehnen**.

Detailberatung

§ 19 Abs. 2

§ 19a. Aufschubtatbestände

§ 19b. Teilbesteuerung der Einkünfte aus Beteiligungen des Geschäftsvermögens

§ 21 Abs. 1 lit. c

§ 21 Abs. 1 und Abs. 1bis

Antrag

Die Fraktionen Grünes Bündnis und SP beantragen, in § 21 Abs. 1bis den Umfang der Steuerbarkeit von 50 Prozent auf **60 Prozent** zu erhöhen.

Der Grosse Rat beschliesst

mit 47 gegen 40 Stimmen, den Antrag der Fraktionen Grünes Bündnis und SP **abzulehnen**.

Detailberatung

weitere Änderungen in Römisch I (§ 21 Abs. 3 bis § 234 Abs. 16)

Römisch II. Änderung anderer Erlasse

Gesetz über die steuerbegünstigten Arbeitsbeschaffungsreserven, § 12a, Übergangsbestimmung

Römisch III. Publikations- und Referendums Klausel, Wirksamkeit

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 8 Stimmen und unter Verzicht auf eine zweite Lesung, dem bereinigten Beschlussentwurf zuzustimmen.

Die beschlossenen Gesetzesänderungen sind im Kantonsblatt Nr. 86 vom 14. November 2009 publiziert.
--

19. Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Andreas Burckhardt und Konsorten zur Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit unseres Kantons im Steuerwettbewerb (entsprechend der Unternehmenssteuerreform II).

[11.11.09 17:55:22, FD, 09.5109.02, SMO]

Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion 09.5109 zulässig ist und beantragt, ihm diese zu überweisen.

Voten: *Andreas Burckhardt (LDP)*

Christoph Wydler (EVP/DSP): beantragt, die Motion nicht zu überweisen.

Der Grosse Rat beschliesst

mit 39 gegen 38 Stimmen, die Motion Andreas Burckhardt und Konsorten zur Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit unseres Kantons im Steuerwettbewerb **dem Regierungsrat** zur Ausarbeitung einer Vorlage **zu überweisen**.

Schriftliche Anfragen

Es sind folgende Schriftlichen Anfragen eingegangen:

- Schriftliche Anfrage Stephan Luethi-Brüderlin betreffend Versteigerung von diversen Waffen am 19. Oktober 2009 im Baselstädtischen Ganthaus (09.5303.01).
- Schriftliche Anfrage Atila Toptas betreffend Migrationshintergrund als notwendiges Erfahrungswissen für soziale Aufgaben im Kanton (09.5312.01).
- Schriftliche Anfrage Tanja Soland betreffend dem gemeinsamen Sorgerecht von unverheirateten Eltern (09.5322).
- Schriftliche Anfrage Thomas Mall betreffend Kapazitätsengpässen beim Krankentransportdienst (09.5323).
- Schriftliche Anfrage Francisca Schiess betreffend Unterstützung und Durchführung von Education-Projekten (09.5321).

Die Schriftlichen Anfragen werden dem Regierungsrat zur Beantwortung innert drei Monaten überwiesen.

Schluss der 27. Sitzung

18:00 Uhr

Basel, 11. November 2009

Patrick Hafner
Grossratspräsident

Thomas Dähler
I. Ratssekretär